

Europäische Integration und europäische Identität: theoretische Konzepte - empirische Ergebnisse für Österreich

Lamei, Nadja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lamei, N. (2003). Europäische Integration und europäische Identität: theoretische Konzepte - empirische Ergebnisse für Österreich. *SWS-Rundschau*, 43(4), 523-546. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165250>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Europäische Integration und europäische Identität

Theoretische Konzepte – empirische Ergebnisse für Österreich

Nadja Lamei (Tulln)

Der Artikel präsentiert vor dem Hintergrund soziologischer Theorien zur europäischen Identität Daten über die Europaverbundenheit der ÖsterreicherInnen. Zunächst werden theoretische Konzepte vorgestellt, die sich grundsätzlich zu deren Beschreibung eignen: die auf Simmel zurückgehende Theorie der multiplen Identitäten, Tajfels und Turners „Social Identity“-Theorie sowie Festingers Gedanken zum Sozialen Vergleich. Anschließend wird untersucht, welche Rahmenbedingungen für eine europäische Identität gegeben sind bzw. welche nötig wären. Als prinzipielle Möglichkeiten von Identitätsinhalten werden politische und kulturelle Identitäten kontrastiert. Der Beitrag kommt zur Schlussfolgerung, dass eine europäische Identität wohl eher als eine politische möglich ist. Im nachfolgenden empirischen Teil werden schließlich Eurobarometer-Daten der letzten Jahre analysiert und dahingehend interpretiert, dass die europäische Identität der ÖsterreicherInnen, so überhaupt vorhanden, v. a. von der stärkeren nationalen Identität bestimmt ist. Die Daten belegen, dass die nunmehr neunjährige Mitgliedschaft Österreichs in der EU zu keiner Intensivierung der emotionalen Bindung an die EU beigetragen hat.

1. Einleitung

1.1 Thema und Fragestellung

Mit der österreichischen Entscheidung für die Teilnahme am europäischen Integrationsprojekt ab 1995 (Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union im Juni 1994) konnten sich die ÖsterreicherInnen nunmehr auch als BürgerInnen der Europäischen Union bzw. gemäß dem in diesem Artikel verwendeten Begriffsverständnis als *EuropäerInnen* definieren. Damit war die Gleichzeitigkeit zweier kollektiver politischer Bindungen, nämlich an die *Nation Österreich* einerseits und an die *Gemeinschaft Europa* (in Form der Europäischen Union) andererseits, theoretisch denkbar geworden. Inwieweit die Integration Österreichs in die EU auch praktisch zu einer neuen, europäischen Identität geführt hat, soll in diesem Artikel untersucht werden.

Ab 2004 werden weitere Länder aus Süd-, Ost- und Mitteleuropa der EU beitreten. In diesem Prozess, den wir ÖsterreicherInnen als relativ neue BürgerInnen der EU nun „von innen“ mitverfolgen, gewinnt folgende Frage (erneut) an Bedeutung: Was passiert im Zuge des EU-Beitritts und kurz danach auf der identitären Ebene? Muss die alte, nationale Identität geopfert werden, um eine neue, europäische annehmen zu können? Für die Staaten des ehemaligen Ostblocks würden wohl viele das Argument unterschreiben, sie müssten erst ihre kommunistische Vergangenheit vollständig ablegen, um zu modernen, sprich „europäischen“ Staaten zu „reifen“. Inwieweit aber auch für Österreich ein Wandel der Identität nötig war oder vielleicht noch ist, ist eine nicht so eindeutig zu beantwortende Frage. Vor dem Beitritt jedenfalls wurden Argumente

im Zusammenhang mit Identität häufig in Form von Ängsten formuliert – österreichische Eigenheiten könnten in der EU untergehen bzw. „wegnormiert“ werden. Allerdings wurden diese Ängste vielfach auch als eine die Isolation befürwortende oder gar nationalistisch motivierte und daher unangebrachte EU-Skepsis abgetan.

Die Diskussion um die Auswirkungen der EU-Integration auf die österreichische Identität verlief salopp gesagt oft in „schwarz-weiß“-Gegensätzen – die differenzierte, Vor- und Nachteile sorgsam abwägende Auseinandersetzung war die Ausnahme: Wer sich um die österreichische Identität sorgte, wurde als EU-Gegner abgestempelt, der die Integration Österreichs in die EU um jeden Preis verhindern wolle. Umgekehrt wurde die österreichische Identität in der Kampagne der Befürworter so dargestellt, dass nur der Beitritt zur EU diese festigen und um eine europäische Dimension erweitern könne (Schaller 1994, 157). Slogans der damaligen Bundesregierung wie „Mitten in Europa oder knapp daneben?“, „Gemeinsam oder einsam?“ sollten den Eindruck vermitteln, dass Österreich „alleine“ wohl eine wenig erfreuliche Zukunft bevorstünde. Allerdings prognostizierten die gleichen Akteure auch die Entwicklung von doppelten Identitäten – im Nachhinein gesehen zu Recht. So versprach die Wiener SPÖ beispielsweise „Wiener(in) bleiben, Europäer(in) werden“ oder die ÖVP „Wir sind Europäer. Österreicher bleiben wir.“ Der vorliegende Artikel soll nun das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identität theoretisch und empirisch untersuchen.

Das allgemeine sozialpsychologische Konzept der sozialen Identität nach Tajfel und Turner (1986) bildet in diesem Aufsatz den Hintergrund für die theoretischen Ausführungen über nationale und europäische Identität. Zur Beziehung zwischen verschiedenen Identitäten wird der Gedanke Simmels (1992/Orig. 1908) über multiple Identitäten in der neueren soziologischen Literatur weiterverfolgt und die Gültigkeit des Konzepts von so genannten Bindestrich-Identitäten (Lilli 1998) überprüft (Kap. 2.1). Wenn es darum geht, die Inhalte einer europäischen Identität zu bestimmen, kommt die idealtypische Trennung von Staats- und Kulturnation bzw. von vorpolitischer und politischer Identität (dazu etwa Habermas 1990) zum Tragen (Kap. 2.3).

Empirisch geht es besonders darum, eine Art österreichische Zwischenbilanz zu ziehen: Wie europäisch fühlen sich die ÖsterreicherInnen 2003 bzw. können sie sich mit dem gegenwärtigen Europa in Gestalt der EU identifizieren? Zu Gunsten der Verständlichkeit und Allgemeinzugänglichkeit der Quellen wurden die Eurobarometer-Umfragen ausgewählt (für eine nähere Beschreibung: Kap. 3.1). Mit Hilfe dieses Datenmaterials sollen die Thesen, die sich aus der Theorie ergeben, überprüft werden (Kap. 3.2).

1.2 Zum Verhältnis von europäischer Integration und europäischer Identität

Amitai Etzioni (1968, 554ff.) betrachtet Integration als eine *Bedingung* für die Herausbildung politischer Gemeinschaften auf einer höheren Ebene. Die Integration enthalte wiederum drei Sub-Bedingungen: die effektive Kontrolle über den Gebrauch von Gewaltmitteln, die Herausbildung eines Zentrums von Entscheidungsprozessen und die politische Identifikation der Mehrheit der politisch bewussten BürgerInnen mit der neuen Gemeinschaft. Werden diese Bedingungen erfüllt, lässt sich von einer integrierten politischen Gemeinschaft sprechen.

Folgt man dieser Theorie, dann steht am Anfang der europäischen Integration die Identifikation der BürgerInnen mit der EU. Der Endzustand wäre die Identifikation mit einer neuen politischen Gemeinschaft auf europäischer Ebene, wie auch immer das Verhältnis dieser Ebene zu jener der Nationalstaaten definiert wäre.

1.3 Einige Vorbemerkungen zur Begrifflichkeit

Europa/EU

Wenn im Folgenden von „Europa“ die Rede ist, sind das Gebiet bzw. die Mitgliedsstaaten der EU gemeint. Selbstverständlich handelt es sich dabei lediglich um eine sprachliche Festlegung, die über diesen Artikel hinaus keine allgemeinere Gültigkeit beansprucht, wenngleich auch im alltäglichen Sprachgebrauch Europa und EU oft synonym verwendet werden.

Europäische Identität

Als „europäische Identität“ soll hier eine gefühlsmäßige Verbundenheit der EU-BürgerInnen mit der EU verstanden werden. Meine Verwendung des Begriffs zielt auf eine positive Innenorientierung, d. h. auf eine bejahende Einstellung zur EU ohne explizite Abgrenzung zur Nicht-EU ab. Dies ist eine bewusste Vereinfachung, die sich daraus ergibt, dass die ab- und ausgrenzende Dimension im verwendeten empirischen Material praktisch nicht zum Ausdruck kommt.

Identität kann prinzipiell zweiseitig aufgefasst werden. Soziale Identitäten folgen zwei kognitions-psychologischen Grunderfordernissen: erstens der *Komplexitätsreduktion* – anstelle von Einzelheiten über die soziale Welt werden Dichotomien wahrgenommen (z. B. „wir-sie“, „drinnen-draußen“) – und zweitens dem *sozialen Vergleich* – wie stehen „wir“ im Vergleich zu „den anderen“ da?¹

Es geht also um eine Positionierung des eigenen Selbst und der eigenen Gruppe, kurz um die Schaffung von positiven Identitäten. Nationale und europäische Identitäten sind Spezialfälle der sozialen Identität und für sie verhält es sich nicht anders: Sie dienen der vereinfachten Wahrnehmung von sozialen Zusammenhängen, die Ebenen des sozialen Vergleichs, also wer als dem eigenen Bezugskreis zugehörig und wer als außerhalb stehend gilt, sind über die Nation bzw. über die Europäische Union definiert. Aus einer funktionalistischen Perspektive betrachtet: Die Grundfunktion der Nation ist es, Ungleichheit (die „Weltgesellschaft“) aus- und Gleichheit (Mitglieder der Nation) einzuschließen (Stichweh 1994, 85ff. mit starkem Bezug auf Luhmann). Diese Dialektik von Inklusion und Exklusion hat auch für die EU Gültigkeit. Wichtig ist, dass gemäß der menschlichen Eigenschaft, in Konflikt miteinander geratende Gefühle (*kognitive Dissonanzen*) möglichst zu vermeiden, eine Identifikation nur dann zustande kommt, wenn sie eine positive Identität ergibt.

Im Hinblick auf europäische Identität heißt das wiederum, dass nur eine positive gefühlsmäßige Verbundenheit mit Europa in diesem Sinne als relevant gelten kann.

1 Vgl. zur Theorie der sozialen Identität Tajfel/ Turner (1986) und zum sozialen Vergleich Festinger (1954).

2. Europäische Identität und ihre Grundlagen

Ob der Nationalstaat Wahrnehmungsmittelpunkt und Quelle von Identitäten für die Menschen in Europa bleiben wird oder ob er seine Stellung als Mittelpunkt politischer Identität und Macht verliert (Castles 1998, 129), ist zum heutigen Zeitpunkt meines Erachtens unabsehbar. Prinzipiell sind beide Ebenen – Nation und Europa – geeignet, Bezugspunkte für Identität zu sein. Daneben tritt die Region als alte und neue Identifikationsebene in den letzten Jahren verstärkt in Erscheinung. Denn mit den unter dem Schlagwort „Globalisierung“ subsumierten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen gewinnt auf der anderen Seite das Regionale wieder an Bedeutung – etwa unter dem wirtschaftlichen Aspekt des „Standorts“, aber auch als am tiefsten verwurzelte Bezugsebene für soziale Identität und Kultur. Es stellt sich daher die Frage, in welchem Wechselspiel regionale, nationale und europäische (bzw. auch weltbürgerliche) Identitäten stehen. Sind nationale Identität und europäische Integration, um die es hier im Besonderen geht, Gegensätze oder die beiden Seiten der gleichen Medaille, wie dies Salewski (1991, XXIII) behauptet?

2.1 Theoretische Grundlage: Multiple Identitäten

Die Vorstellung eines einheitlichen, stabilen Selbst gilt bestenfalls für den vormoderne Menschen, nicht aber in einer arbeitsteiligen, hoch spezialisierten und differenzierten Welt (so bereits der Soziologe Georg Simmel (1992/ Orig. 1908)). Je nachdem, in welchem Kontext man handelt, wird eine andere Identität aktiviert und handlungsbestimmend, es ist daher von so genannten *multiplen Identitäten* (Vester 1996, 95) die Rede. Im Folgenden wird dieser Gedanke näher ausgeführt und schließlich zur Begründung der prinzipiellen Existenz einer europäischen Identität *neben* anderen Identitäten herangezogen.

Der Anschaulichkeit halber lassen sich multiple Identitäten mit einer Zwiebel vergleichen – sie reichen von der innersten zur äußersten Schale bzw. sozialen Einheit. Das Individuum gehört mehreren Bezugsgruppen zugleich an: von der kleinsten und unmittelbarsten Einheit (z. B. Familie oder Partnerschaftsbeziehung) über nächstgrößere (etwa Sportverein oder Freundeskreis) bis hin zu Gruppen, in denen die Zugehörigkeit nicht mehr durch unmittelbaren face-to-face-Kontakt bestimmt ist. Zu letzteren Gruppen gehören Nationen wie Österreich, aber durchaus auch noch höhere Ebenen, wie etwa die EU, die „westliche Welt“ oder die Menschheit. Die emotionale Verbundenheit mit diesen Gruppen konstituiert mehrere Ebenen von Identität. Diese stehen miteinander in Beziehung, es ist folglich nicht von einer linearen Abfolge oder Unabhängigkeit der Identitäten, sondern von deren wechselseitiger Beeinflussung auszugehen. Die soziale Identität eines Menschen ist in diesem Sinne als Kombination mehrerer Bezugsgruppenidentitäten zu verstehen. Angeordnet sind die „Zwiebelringe“ bzw. verschiedenen Teilidentitäten nach dem Prinzip, dass eine Teilidentität als umso wichtiger wahrgenommen wird, je weiter „innen“ sie liegt. Festzuhalten ist also, dass Teilidentitäten erstens voneinander abhängig sind und dass zweitens eine Hierarchie der Identitäten vom Identitätszentrum zur Identitätsperipherie existiert.

Für die Organisation dieser multiplen Identitäten ist dabei die *Intensität* der jeweiligen Bindungen ausschlaggebend. Der Begriff „terminal community“ bezieht sich auf die gefühlsmäßige Bindung an soziale Einheiten und bezeichnet die höchste Organisationseinheit, der man sich gerade noch verbunden fühlt (Peters 1991, zit. in: Carey/Lebo 2001, 7). Dahinter steht die Annahme, dass man sehr wohl anerkennen kann, zu einer Gruppe zu gehören, sich ihr aber in keiner Weise emotional verpflichtet fühlen muss. Die individuelle Definition der „terminal community“ kann variieren. Während manche Menschen sich nur mit kleinen Gruppen identifizieren, sehen andere Menschen ihre „terminal community“ in größeren und abstrakteren Gruppen. Diesem Gedanken folgend besteht zwar prinzipiell für alle Menschen die gleiche Chance, sich mit Europa zu identifizieren, sie wird aber letztlich nicht von allen wahrgenommen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der sozialen Identität ist ihr prozesshafter Charakter. In manchen Situationen kann eine dieser Identitäten übergeordnete Bedeutung erlangen: Salazar (1998, 121-122) weist darauf hin, dass eine der Identitätsschichten salient gemacht werden kann, d. h. sie wird kurzfristig gegenüber den anderen Identitäten eines Individuums in den Vordergrund gerückt. Auslöser dafür können besondere politische oder gesellschaftliche Ereignisse sein – eine supranationale (EU-) Identität kann beispielsweise durch Wahlen zum Europa-Parlament und eine nationale Identität durch das Mitfiebern mit den SportlerInnen der eigenen Nation bei internationalen Wettkämpfen verstärkt werden. Welcher soziale Vergleichsprozess aktiviert wird, entscheidet darüber, welche Identität aktuell wichtig ist.

Wie bereits erwähnt, stehen die Identitäten, die ein Individuum in sich trägt, miteinander in Beziehung. So muss auch für das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identität gelten: Die Bewertungen der beiden sozialen Kollektive Nation und Europa hängen voneinander ab (Cinnirella 1996 und 1997). Die Bewertung der EU kann aus dieser Perspektive nie völlig von nationalen Erwägungen losgelöst erfolgen, so dass auch Umfragedaten zur Zustimmung zur EU jeweils vor dem aktuellen nationalen politischen Hintergrund interpretiert werden müssen (Immerfall 2000, 494).

Lilli (1998, 146) weist darauf hin, dass aufgrund der Bestrebungen der nationalen Gesellschaften, auch innerhalb der EU ihre Eigenarten zu wahren, ausschließlich doppelte Loyalitäten bzw. *Bindestrich-Loyalitäten* möglich wären (also etwa eine österreichisch-europäische Identität). Eine europäische Identität können wir uns daher im Zwiebelmodell nur als weitere Schale vorstellen, die bestehende Identitäten ergänzt. Eine europäische Identität habe keine Chance auf Verwirklichung, wenn sie in Konkurrenz zu den existierenden Identitäten tritt und diese zu ersetzen beabsichtigt (ebenda, 153).

Bauböck (2000, 4) merkt in diesem Zusammenhang an, es bestehe weder der Bedarf noch die Chance, dass eine europäische Identität für die individuelle Selbstdefinition ebenso bedeutend wird wie die „großen Identitäten“ Geschlecht, Religion, Sprache oder Nation. Diese beeinflussten das Leben viel häufiger und direkter, weshalb sie auch relevanter wären. Die wichtigste Unterscheidung zwischen nationaler und europäischer Identität besteht für ihn darin, dass erstere insofern gewichtiger ist, als sie sowohl eine politische als auch kulturelle Zugehörigkeit umfasst, während die

europäische Identität lediglich als politische Zugehörigkeit zur EU konzipiert ist (vgl. dazu ausführlicher Kap. 2.3).

Anhand der hier präsentierten theoretischen Ansätze rund um das Thema multiple Identität lässt sich also zeigen, dass die Existenz einer europäischen Identität *neben* anderen (besonders nationalen) Identitätskonzepten prinzipiell denkbar ist. Die eingangs aufgeworfene Frage, ob man nicht eine alte Identität ablegen müsse, um zu einer neuen zu gelangen, ist demnach zu verneinen. Kollektiven Identitäten, wie regionalen oder nationalen, kann man das Konzept der europäischen Identität hinzufügen, ohne annehmen zu müssen, dass es die anderen bzw. bisherigen (völlig) ersetzt.

Aus theoretischer Sicht spricht also viel für ein Nebeneinander von „national“ und „europäisch“. Im Folgenden wird versucht zusammenzufassen, wie sich diese Beziehung empirisch darstellt.

2.2 *Faktische Grundlage: Objektive Kriterien für eine Zugehörigkeit zur EU – Unionsbürgerschaft und Befürwortung einer europäischen Verfassung*

Bevor wir die Frage nach einer europäischen Identität – also nach dem subjektiven Empfinden einer Zugehörigkeit zu Europa – empirisch untersuchen können, müssen zunächst auch die tatsächlichen Rahmenbedingungen offen gelegt werden. Wie ist es um die objektiven Kriterien der Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft (im Sinn der Europäischen Union) bestellt?

Im Vertrag von Maastricht (1992) ist erstmals – wenn auch in sehr unverbindlichen Worten – von einer europäischen (Staats-) Bürgerschaft die Rede: „Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates besitzt“. Zugleich wird die Rolle der nationalen Bürgerschaft wieder zurecht gerückt: „Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht“ (ebenda, Art. 8). In sehr vorsichtigen Formulierungen wird immer wieder versucht, die Wahrung des zentralen Stellenwerts der nationalen Identitäten deutlich zu machen, etwa indem festgehalten wird, die Europäische Union solle die nationalen Identitäten ihrer Mitgliedsstaaten respektieren. Es scheint, als habe man prinzipiell die Chance erkannt, der Europäischen Union ein identitäres Element hinzuzufügen, wisse aber noch nicht so genau, wie weit man dabei gehen wolle. Auf keinen Fall solle aber die europäische Staatsbürgerschaft die nationale konkurrieren (vgl. auch Vertrag von Amsterdam 1997). Durch diese Definition europäischer Bürgerschaft ergibt sich ein offensichtliches Problem: Die Unionsbürgerschaft wird durch die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU begründet, ist also letztendlich wieder national legitimiert.

Weitere Mängel dieser Definition sind (Bauböck 2000, 3):

1. Was genau ist unter „respektieren“ zu verstehen? Der Interpretationsspielraum dieses Begriffs reicht von Duldung bis Anerkennung oder bis zu aktivem Schutz.
2. Wieso wird dieser Respekt nur den BürgerInnen der Mitgliedsstaaten und nicht allen auf dem Territorium der EU lebenden BürgerInnen (nationalen Minderheiten, BürgerInnen aus „Drittländern“) zuteil?
3. Warum sollen nur nationale und nicht auch ethnische, sprachliche oder andere Identitäten respektiert werden?

Und um nochmals auf den eingangs dargelegten dialektischen Charakter der Integration zu sprechen zu kommen: Benhabib (1997, 12-13) prognostiziert, dass die Einführung der EU-Bürgerschaft die Unterschiede innerhalb der EU bezüglich der Rechte, Pflichten und Ressourcenverteilung zwischen BürgerInnen von Nicht-EU-Ländern und EU-BürgerInnen verschärfen wird. Neben den Grundrechten und den so genannten „Vier Freiheiten“ (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr im „Binnenmarkt“) gibt es seit der Gründung der EU mit dem Vertrag von Maastricht auch Rechte, die sich aus der Unionsbürgerschaft ableiten.² Momentan jedenfalls dürfte vielen Menschen einfach noch nicht klar sein, was es heißt, BürgerIn der EU zu sein, und welche Rechte und Pflichten für sie daraus entstehen.

Walkenhorst (1999, 119ff.) forschte nach den Ursachen dafür, dass eine europäische Identität im Vergleich zu nationalen und regionalen Identitäten viel schwerer zu verwirklichen ist. Seine Hauptaussage ist, dass kollektive Identität – gleich, auf welche organisatorische Ebene sie sich bezieht –, einen festen Rahmen brauche. Wegen der dynamischen und teilweise sogar unabsehbaren Entwicklung in der Europäischen Union sei dieser Rahmen derzeit nicht erkennbar. Die einzelnen Ursachen, die für diese spezifisch europäische Identitätsproblematik verantwortlich sind, lassen sich in zwei Untergruppen zusammenfassen (Walkenhorst 1999, 154-155):

1. *Systemexterne Ursachen:*

- *Beharrungsvermögen der Nationalstaaten;*
- *Aufwertung des Regionalen.*

2. *Systemimmanente Ursachen:*

- *der fehlende politische Bezugsrahmen:* weder Territorium noch Politikfelder, noch Ziele des Integrationsprozesses sind ausreichend klar;
- *die fehlende Vergleichbarkeit:* da es keinen europäischen Staat und kein europäisches Volk gibt, könne die europäische Identität weder nach dem Vorbild des *nation-building* noch nach dem der nationalen Staatsbürgerschaft konstruiert werden;
- *das Definitionsproblem:* die EU ist derzeit weder Bundesstaat noch Staatenbund, noch wird explizit gesagt, was sie in Zukunft sein will – dies führt zu Unsicherheit bei den BürgerInnen;
- *die Unübersichtlichkeit:* Systemdynamik und –komplexität übersteigen das Vorstellungsvermögen der BürgerInnen;
- *das Demokratiedefizit:* eine unzureichende Legitimation der Herrschaftsausübung behindert die Identifikation auf supranationaler Ebene.

Weiler (1999) geht der Frage nach, ob eine Demokratisierung auf europäischer Ebene ohne europäisches Volk überhaupt möglich ist. Seine Antwort lautet stark vereinfacht, dass es keine Demokratie ohne einen „demos“ geben kann. Und Puntischer-Riekmann (1998, 195) stellt ebenfalls fest: „Die Europäische Union hat keinen Souverän, weder einen König noch einen Demos. Das Zentrum ist leer.“ Jedoch dürfe dies nicht als Vorwand genommen werden, denn „wer die Europäische Demokratiedebatte

2 Für eine knappe Übersicht zu diesen Rechten und für weiterführende Links vgl. beispielsweise http://europa.eu.int/abc/rights_de.htm, 11.4.2003.

mit dem Begriff des Volkes beginnt, hat sie auch schon wieder beendet“ (ebenda, 203). Anders als für die US-amerikanische Verfassung stelle sich für eine etwaige europäische Verfassung die Aufgabe, sie „aus verschiedenen nationalgeschichtlich imprägnierten Deutungen derselben universalistischen Rechtsprinzipien zusammenwachsen [zu lassen]“ (Habermas 1990, 651). Besonders derartige Unterschiede im Staats- und Verfassungsdenken müssten bewältigt werden, um die Voraussetzungen für eine europäische Identität zu schaffen.

Es wäre ein nahe liegender Schritt zur Beseitigung dieses Dilemmas, eine Verfassung der Europäischen Union zu formulieren und diese für die nationalen Demoi bindend und zu einer Ver-Bindung zu machen. Einen ersten ernsthaften Versuch dazu hat der EU-Konvent unter Mitsprache nationaler und europäischer RepräsentantInnen unternommen.³ Die generelle Akzeptanz einer europäischen Verfassung dürfte jedenfalls in Österreich sehr groß sein: Beinahe zwei Drittel der ÖsterreicherInnen sprachen sich Anfang 2003 dafür aus, dass die Europäische Union eine eigene Verfassung haben soll, womit die österreichische Bevölkerung im Schnitt der EU-15 lag (Daten des Eurobarometer Nr. 59, Frühjahr 2003). Daraus kann man schließen, dass sich ein Großteil der Menschen einen EU-weit einheitlichen Bezugsrahmen für nationale Politik wünscht. Die Daten zeigen aber auch, dass dem EU-Konvent und dessen Arbeit wenig Aufmerksamkeit zuteil wird⁴ – somit kann es um die politische Europa-Identität der ÖsterreicherInnen (vgl. zu diesem Begriff das folgende Kapitel) nicht sehr gut bestellt sein.

2.3 Auf der Suche nach Inhalten europäischer Identität – Politische oder kulturelle Identität?

Europäische Identität ergibt sich aus dem Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union bzw. der Zugehörigkeit zu Europa. Praktisch bedeutet dies: „Die übergeordnete Kategorie Europa muss für die Individuen mit konkreten Inhalten gefüllt sein, damit sie als Denk- und Handlungsebene relevant werden kann“ (Lilli 1998, 154). Im Folgenden werden zwei gegensätzliche Möglichkeiten zur Definition derartiger Inhalte europäischer Identität vorgestellt. Diese sprechen den Dualismus von kulturellen, sprachlichen und ethnischen Merkmalen einerseits und von politischen Merkmalen als identitätsstiftende Elemente andererseits an. Zunächst möchte ich auf den Unterschied zwischen der „politischen“ und „kulturellen“ Identität eingehen.

In den Sozialwissenschaften werden zwei Idealtypen – im Sinne Webers nicht-wertend – von Nation unterschieden: die Staats- und die Kulturnation (so etwa Gellner 1991 oder Kallscheuer/ Leggewie 1996). Das Konzept der Staatsnation stellt die politischen Gemeinsamkeiten der BürgerInnen eines Staates in den Vordergrund – etwa die Verbundenheit, die aus dem Glauben an die nationale Verfassung und die

3 Der Verfassungsentwurf vom 18. Juli 2003 findet sich unter <http://european-convention.eu.int/bienvenue.asp?lang=DE>, 1.8.2003.

4 So wussten lediglich 38% der im Frühjahr 2003 befragten ÖsterreicherInnen, dass der Konvent Vorschläge zur Reform der EU erarbeitete (Eurobarometer Nr. 59).

politischen Institutionen eines Landes oder durch die Ausübung der Bürgerrechte entsteht. Demgegenüber dienen der Kulturnation kulturelle oder ethnische Merkmale, wie etwa Abstammung, Religion oder Sprache in Form so genannter „gemeinsamer Werte“ als Kriterien für die Zugehörigkeit. Habermas (1990, 636) beschreibt die Kulturnation deshalb als „vopolitisch“; dagegen fände die Staatsnation „ihre Identität nicht in ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern in der Praxis von Bürgern, die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben“ und sei demnach „politisch“.

Damit sollte bereits erkennbar sein, dass es sich mit dem Gegensatzpaar politische gegen kulturelle Identität analog verhält: Politische Identität ergibt sich aus dem Gefühl, an einem gemeinsamen politischen Projekt als Individuum teilzuhaben, kulturelle Identität hat als Grundlage eine gemeinsame Vergangenheit und durch Geburt/ Abstammung (Ethnie) und/ oder Sozialisation (Kultur) festgelegte Merkmale. Daraus ergibt sich, dass politische Identität eher gegenwarts- bzw. zukunftsorientiert und aktiv, kulturelle Identität eher rückwärtsgerichtet und passiv ist.⁵ Im Hinblick auf die Frage, welche Position eine europäische Identität zwischen diesen beiden Extremen einnehmen kann, ist meines Erachtens folgender Punkt entscheidend: Kulturelle Identitäten setzen gewisse (kulturelle) Gemeinsamkeiten voraus und den Willen, sich als Teil eines durch diese Gemeinsamkeiten verbundenen Kollektivs wahrzunehmen; politische Identitäten können dagegen auch in Gesellschaften entstehen, die viel stärker individualisiert sind.

Um nun in Kenntnis dieser allgemeinen Unterscheidung bestimmen zu können, welche Inhalte (*Politik oder Kultur*) eine europäische Identität haben kann, werden im Folgenden beide Ansätze auf ihre Brauchbarkeit überprüft.

Es gibt in Europa keine kulturelle Einheit und daher auch keine europäische Identität – so die (pessimistische) *essenziellistische* Sicht.⁶ Dem ist entgegenzuhalten: Gewiss kann Europa kulturell nicht so homogen sein wie ein beliebiger Nationalstaat. Gemeinsame kulturelle Wurzeln können aber auch für Europa nicht von der Hand gewiesen werden: Es existieren *europäische Werte*, wie die Ideale von Humanismus und Aufklärung, die Prinzipien von Rationalismus und Empirizismus, das römische Recht, die christlich-jüdische Ethik, Demokratie und Parlamentarismus, um nur einige wichtige zu nennen (Smith 1997, 334). Wesentliche Traditionen und Werte haben die Mitgliedsstaaten der EU also durchaus gemeinsam, wobei man hinzufügen muss, dass diese Elemente nicht exklusiv europäisch (geblieben) sind (Scholz 1996, 69).⁷

5 Man beachte die Ähnlichkeit zu Parsons klassischer soziologischer Unterscheidung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ anhand der so genannten „pattern variables“ (1967/ Orig. 1937). Demnach wären kulturelle Identitäten eher in ursprünglicheren Gemeinschaften und politische Identitäten eher in differenzierten Gesellschaften zu erwarten.

6 Der Begriff „Essenz“ stammt ursprünglich aus der Philosophie Platons. Auf Nationen und nationale Identitäten bezogen meint Essenzialismus, dass diese unabhängig von Raum und Zeit „schon immer“ existent seien. Auf die europäische Identität treffe dies mangels einer „europäischen Kultur“ nicht zu.

7 Dazu Busek (2000), der die Frage behandelt, wie „europäisch“ europäische Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft sind.

Andererseits können besonders regionale und nationale Verschiedenheit als Kennzeichen der europäischen Kultur aufgefasst und unter dem positiven Aspekt der Vielfalt betrachtet werden. Das europäische Prinzip „Einheit in der Vielfalt“ verspricht das scheinbar Unmögliche, (nationale) kulturelle Eigenheiten zu bewahren und die Mitgliedsstaaten trotzdem zu einer kulturellen Einheit werden zu lassen.⁸ Der Grundsatz, jeder und jede solle seine bzw. ihre kulturelle Identität frei bestimmen dürfen, steht zumindest theoretisch über nationalen und europäischen Erwägungen. Führt man den Gedanken der Individualisierung von Gesellschaft („Differenzierungsthese“) konsequent zu Ende, kommt man wie etwa Münch (2000, 218) zu folgendem Ergebnis: „Die kulturelle Integration Europas erfolgt nicht auf dem Weg der Integration nationaler Kulturen und Identitäten, sondern auf dem Weg der Entnationalisierung von Kulturen und Identitäten und der dadurch ermöglichten vielfältigen Überkreuzungen, individuellen Lebensstile und individuellen Beziehungen über bisherige Grenzen hinweg“.

Ob wir bis zu gemeinsamen kulturellen, ja moralischen Wurzeln zurückgehen müssen, um Ankerpunkte für die europäische Identitätskonstruktion zu finden (dafür plädieren z. B. Havel 1994 und Scholz 1996), kann bezweifelt werden. Koslowski (1997, 60) argumentiert, dass das *Vaterland Europa* keinen Gründungsmythos brauche, da es kein Staat, sondern ein Reich mit begrenztem Auftrag sei. Die Suche nach kulturellen Verbindungen sei seiner Ansicht nach jedoch nichts anderes als der Versuch, Europa zu mythologisieren. Wenn das auch etwas überspitzt formuliert erscheinen mag, die dahinter liegende Aussage ist klar: Für die Konstitution eines modernen kollektiven Selbstbildes der EuropäerInnen ist keine *nachträgliche* europäische Geschichtsinterpretation, sondern eine *zukunftsgerichtete* Aufgaben- und Zieldefinition wichtig. Eine *politische* europäische Identität hat genauso das Potenzial, verbindend zu wirken, wie eine *kulturelle*, und sie erscheint nicht nur erstrebenswerter, sondern auch realistischer. Wenn von der *europäischen Wertegemeinschaft* die Rede ist, sind vorrangig politische Inhalte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder der Gleichheitsgrundsatz gemeint. Diese eignen sich genauso als Identifikationspunkte wie Sprache, Religion oder Tradition – mit einem entscheidenden Vorteil: Sie sind innerhalb Europas (zumindest in wesentlichen Grundzügen) tatsächlich recht ähnlich.

Auch Mokre (2002, 3) meint, dass Kultur kein guter Ansatzpunkt für ein politisches Integrationsprojekt sei, da ihr ein enormes Potenzial innewohne, Differenzen hervorzuheben. Eine politische Identität dagegen habe gemeinsame politische Ziele zum Inhalt und könne daher für ein Integrationsprojekt nützlicher sein. Die Autorin weist aber auch auf ein damit verbundenes Problem hin: Mit der Festlegung gewisser politischer Werte als europäisches Allgemeingut könne man zwar eine essenzialistisch-völkische Selbstdefinition der EU umgehen, zugleich würden aber diese politischen Werte gewissermaßen „eingefroren“ und ihrerseits essenzialisiert. Damit bestehe

8 Mit „Einheit in der Vielfalt“ ist v. a. der Artikel 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union angesprochen. Dort findet man eine Verpflichtungserklärung seitens der EU, die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen der Mitgliedsstaaten zu achten, vgl. <http://db.consilium.eu.int/df/docs/de/CharteDE.pdf>, 6. 8. 2003.

die Gefahr, dass derartige Werte (wie „Freiheit“, „Demokratie“, „Toleranz“ oder „Solidarität“) selbst zu Einschluss- und Ausschlussmechanismen führten, anstatt einer flexiblen Deutung und Dynamik zu unterliegen.

Dass neben dem politischen Bezugsrahmen auch ein Minimum an symbolischem Gehalt nötig ist, haben europäische PolitikerInnen schon früh begriffen. Kollektive Symbolik ist für eine gemeinsame Identität wichtig, schließlich will man nach innen wie auch nach außen als Einheit wahrgenommen werden. Diese Symbolik kann gemäß der *konstruktivistischen Sicht* durchaus neu geschaffen werden. Die Einführung einer gemeinsamen Währung für vorerst zwölf Mitgliedsstaaten könnte neben den erhofften positiven ökonomischen Konsequenzen einen wichtigen Schritt hin zu einer gemeinsamen Identität darstellen. Andere Symbole wurden schon früher – und mit weniger weit reichenden Konsequenzen – eingeführt, nämlich Flagge und Pass der Europäischen Union sowie die Europa-Hymne.

Insgesamt dürfte es trotz oder gerade wegen der vielen verschiedenen Möglichkeiten, europäische Identität zu konstruieren, ein schwieriges Unterfangen sein, sie mit politischen Mitteln umzusetzen oder zu stärken. Dagegen ist wohl unumstritten, dass es sich tatsächlich um eine Konstruktion handeln muss, da von einem natürlichen „Europäertum“ per se nicht ausgegangen werden kann.

3. Von der Theorie zur Empirie: Daten zur europäischen Identität der BürgerInnen der EU-Mitgliedsstaaten

In diesem Abschnitt werden Daten zum Thema „europäische Identität“ im Vergleich Österreichs mit anderen EU-Mitgliedsstaaten präsentiert. Angestrebt wird eine an der bisherigen Auswahl von Theorien über Identität orientierte Darstellung: Ich konzentriere mich hier auf die Theorie der multiplen Identitäten (charakterisiert durch: *Binanderstrich-Identität*, *terminal community*, *Zwiebelmodell*) und auf die sozialpsychologischen Begriffe des *sozialen Vergleichs* und der *kognitiven Dissonanz*. Es soll versucht werden, deren wichtigsten Inhalte nochmals in einfachen Thesen zu formulieren, um sie dann anhand des empirischen Materials zu überprüfen.

3.1 Beschreibung des Datenmaterials

Als Quelle werden Eurobarometer-Umfragen (die so genannten „Standard-Eurobarometer“) zurückreichend bis zum österreichischen EU-Beitritt (1. Jänner 1995) herangezogen. Die Europäische Kommission beauftragt seit 1973 zwei Mal jährlich Meinungsumfragen in allen Mitgliedsstaaten der EU, seit dem Frühjahr 1995 auch in Österreich. Es werden jeweils 1.000 Personen pro Land befragt, Ausnahmen sind Luxemburg (600), das Vereinigte Königreich (Großbritannien 1.000 und Nordirland 300) und Deutschland (je 1.000 Befragte aus Ost- und Westdeutschland). Themenschwerpunkte sind die Wahrnehmung der EU und ihrer Institutionen durch die BürgerInnen sowie aktuelle Fragen der europäischen Politik.

Es gibt freilich zahlreiche Kritikpunkte an der Methodik dieser Umfragen: So ist die Stichprobenziehung eher an die Standards der Marktforschung als an streng wissen-

schaftliche Kriterien angepasst (befragt wird ein „repräsentativer Querschnitt“ der Bevölkerung ab 15 Jahren); es gibt in den Berichten keine Informationen über Antwortverweigerungen sowie über die Gewichtung bzw. Hochrechnung der Daten auf die Gesamtbevölkerung. Dies sind zwar gravierende Mängel, dennoch sollen für die Ausführungen dieses Aufsatzes die Eurobarometer-Umfragen als Datenquellen aus folgenden Erwägungen herangezogen werden:

1. die Berichte sind über das Internet frei zugänglich und bieten Informationen, die in dieser Fülle sonst nirgendwo zu finden sind;
2. sie sind zudem auch für „datenferne“ Personen (sprich interessierte BürgerInnen ohne sozialwissenschaftlichen Hintergrund) gut lesbar;
3. die meisten Fragen bleiben mehrere Erhebungswellen lang unverändert, so dass Trends nachvollzogen werden können;
4. zudem können die Ergebnisse der einzelnen Staaten verglichen werden, da jeder Umfrage ein gleich lautender Fragebogen zugrunde liegt.

Daher bieten die Eurobarometer-Daten trotz methodischer Schwachstellen eine gute Basis für Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten über EU-spezifische Themen.⁹

3.2 Empirische Überprüfung ausgewählter Thesen

Zunächst möchte ich mich der Frage widmen, in welchem Verhältnis nationale und europäische Identitäten zueinander stehen. Prinzipiell ist denkbar, dass entweder ein Konkurrenzverhältnis zwischen diesen Identitäten besteht, oder aber, dass sie problemlos nebeneinander existieren können. Von der Theorie der multiplen Identitäten, im Speziellen vom Konzept der Bindestrich-Identität (Lilli 1998), wird folgende erste These abgeleitet:

These 1: Die europäische Identität tritt gegebenenfalls neben die nationale und verdrängt diese nicht.

Tabelle 1 zeigt für verschiedene Zeitpunkte das Antwortverhalten der ÖsterreicherInnen auf die Frage, wie sie glauben, dass sich ihre Identität in Zukunft entwickeln wird. Als Antwortvorgaben stehen folgende Kategorien zur Auswahl: „sich nur als ÖsterreicherIn“, „sich als ÖsterreicherIn und EuropäerIn“, „sich als EuropäerIn und ÖsterreicherIn“ und „sich nur als EuropäerIn“ sehen. Die zwei mittleren Kategorien, die beide eine Identifikation sowohl mit Österreich als auch mit Europa enthalten, unterscheiden sich in der Gewichtung des Verhältnisses von österreichischer und europäischer Identität. Es stehen Daten für den gesamten Zeitraum der österreichischen EU-Mitgliedschaft zur Verfügung.

Zunächst ist bemerkenswert, dass sich die Werte im Betrachtungszeitraum nur geringfügig verändert haben. Als erstes Ergebnis kann daher festgehalten werden, dass (aus noch näher zu untersuchenden Gründen, siehe These 2) der jeweilige Anteil an

⁹ Die interessierten LeserInnen seien auf die Homepage der EU-Kommission mit dem Unterpunkt „öffentliche Meinungsumfragen“ verwiesen: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index.htm, 30. 7. 2003.

Tabelle 1: Identität der ÖsterreicherInnen: Europäisch oder national? (1995–2003) (Anteile in Prozent) *

In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da...	nur als ÖsterreicherIn	als ÖsterreicherIn und EuropäerIn	als EuropäerIn und ÖsterreicherIn	nur als EuropäerIn
EB 44 (Herbst 95)	50	38	7	3
EB 46 (Herbst 96)	53	33	8	3
EB 47 (Frühjahr 97)	51	38	6	3
EB 49 (Frühjahr 98)	50	37	7	2
EB 50 (Herbst 98)	49	37	6	4
EB 52 (Herbst 99)	47	42	5	3
EB 53 (Frühjahr 00)	53	34	7	4
EB 54 (Herbst 00)	51	40	5	2
EB 56 (Herbst 01)	46	43	6	3
EB 57 (Frühjahr 02)	45	39	10	2
EB 58 (Herbst 02)	40	46	9	3
EB 59 (Frühjahr 03)	51	34	8	3
Differenz EB 59 – EB 44	1	–4	1	0
Maximale Differenz	13	13	5	2

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Standard-Eurobarometer Nr. 44–59.

* Anteil der „weiß nicht“-Antworten wird nicht ausgewiesen.

Identifikation mit Österreich und/oder Europa in den ersten acht Jahren der Mitgliedschaft trotz gewisser Schwankungen insgesamt relativ stabil geblieben ist.¹⁰ Der Grad der Identifikation der ÖsterreicherInnen mit der EU ist also von der Dauer der tatsächlichen Mitgliedschaft relativ unbeeinflusst geblieben, ebenso der Anteil jener, die sich nur mit Österreich oder mit beiden Kollektiven identifizieren.

Die These von der Bindestrich-Identität kann anhand dieser Daten klar belegt werden: der Anteil jener, für die lediglich die Zugehörigkeit zu Europa identitätsstiftend ist, ist mit 2–4% sehr gering. Einen viel größeren Prozentsatz macht diejenige Gruppe aus, die sich mit Österreich und Europa (bzw. Europa und Österreich) verbunden fühlt: dies sind immerhin ca. 40–55% der Befragten. Der Großteil davon bevorzugt wiederum die Kategorie „ÖsterreicherIn und EuropäerIn“, was innerhalb dieser Kategorie die Dominanz der österreichischen Identität ausdrückt. Zwischen 1995 und 2003 (mit Ausnahme der Befragung Nr. 58 im Herbst 2002) definieren sich aber die meisten

¹⁰ Die Daten lassen aber nicht den Schluss zu, dass sich die Präferenzen der Individuen im Zeitverlauf nicht verändert haben: Es handelt sich um ein Trend- und kein Paneldesign.

Befragten lediglich über die nationale Identität. Etwa 50% geben an, sich in naher Zukunft nur als ÖsterreicherInnen zu sehen. Nach der Theorie multipler Identitäten würde dies bedeuten, dass Österreich deren „terminal community“ (geblieben) ist, also das Kollektiv, das den gefühlsmäßigen Bezugspunkt darstellt.

Insgesamt ist für etwa knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen die nationale Identität am wichtigsten, da sie (noch) keine europäische Identität ausgebildet haben. Bei jenen, die angeben, sich (auch) als EuropäerInnen zu fühlen, ist diese Identität meist neben die österreichische getreten. Sie haben damit eine Identifikationsebene hinzugewonnen, ohne die nationale Identität aufgegeben zu haben. Dies gilt als empirische Bestätigung für das Vorliegen multipler Identitäten, im Speziellen einer österreichisch-europäischen Identität.

Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten fällt auf, dass Österreich hinsichtlich des Grades der nationalen Identifikation überdurchschnittlich hohe Werte aufweist: 38% der Befragten identifizieren sich im Frühjahr 2002 im Schnitt der EU-15 nur mit ihrer Nation, in Österreich sind es 45% (Eurobarometer Nr. 57); im Frühjahr des Jahres 2003 nimmt die Differenz noch etwas zu – 40% der Befragten sind im Schnitt der 15 EU-Mitgliedsstaaten national identifiziert, in Österreich liegt der Wert sogar bei 51%. Am wenigsten identifiziert man sich in Luxemburg (21%) und Italien (26%) ausschließlich mit der eigenen Nation, am meisten im Vereinigten Königreich (64%). Im Hinblick auf These 1 kann festgehalten werden, dass der Anteil der geteilten Identitäten überall deutlich größer ist als jener der reinen europäischen Identität – auch in den anderen Staaten ist also die nationale Identität wichtig geblieben. Lediglich Luxemburg hat Anfang 2003 mit 20% einen verhältnismäßig großen Anteil von Personen, die sich ausschließlich als „EuropäerInnen“ ohne nationalen Zusatz definieren – der entsprechende EU-Schnitt liegt bei lediglich 4%.

Wie bereits erwähnt, hat die europäische Identität der ÖsterreicherInnen – sowohl komplementär als auch ausschließlich – seit dem Beitritt nicht bedeutend zugenommen. Mögliche Gründe für das niedrige Niveau der europäischen Identität sollen im Zuge der Diskussion von These 2 erörtert werden. Diese wird in drei Sub-Thesen untergliedert:

These 2: Dass der Grad der Identifikation mit der EU seit dem Beitritt Österreichs nicht merkbar gestiegen ist (siehe Tabelle 1), kann daran liegen, dass

- 2a die ÖsterreicherInnen die EU v. a. nach rationalen und weniger nach emotionalen Kriterien beurteilen, oder dass*
- 2b die Bewertung der EU nicht positiv ausfällt und sich daher keine positive europäische Identität herausgebildet hat, oder dass*
- 2c gegenüber der EU ein Gefühl der Gleichgültigkeit überwiegt.*

Zunächst soll These 2a empirisch überprüft werden. Diese besagt, dass rationale Erwägungen einen geringeren Einfluss auf den Grad der Identifikation ausüben als Gefühle. Diese Sicht entspricht der in diesem Artikel zur Anwendung kommenden (Nominal-) Definition von Identifikation mit der EU als „*gefühlsmäßige Bindung an die durch sie begründete Gemeinschaft*“.

Unter „Beurteilung der EU nach *rationalen* Kriterien“ soll hier das bewusste, rein vernunftgeleitete Abwägen von Vor- und Nachteilen des Beitritts zur EU bzw. der EU-Mitgliedschaft verstanden werden. Ob die oder der Einzelne dabei eher ihren/ seinen persönlichen (negativen) Nutzen vor Augen hat oder die EU-Mitgliedschaft auf einer allgemeineren Ebene bewertet („Welchen Nutzen hat sie für Österreich?“), ist individuell verschieden. Überwiegen die *emotionalen Bezugspunkte*, geht es demgegenüber nicht um ein nüchternes Abwägen der Plus- und Minuspunkte, sondern um eine von starken Gefühlen beeinflusste Beurteilung.

Die Interpretation von Umfragewerten zur Frage „Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?“ lässt den Schluss zu, dass die meisten ÖsterreicherInnen ein pragmatisch-distanziertes Verhältnis zur EU aufweisen (Eurobarometer Nr. 59, Frühjahr 2003): Für sie manifestiert sich die EU am stärksten im Euro (47%) und in den „vier Freiheiten“, vor allem darin, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können (39%). Vereinfacht gesprochen assoziieren die meisten mit der EU primär den Binnenmarkt. Die persönlich erfahrenen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft sind wirtschaftlicher Art (was deshalb nicht verwundert, weil die EU bzw. ihre Vorläuferorganisationen ja auch lange Zeit vorwiegend als Wirtschaftsgemeinschaften konzipiert waren). Deshalb nehme ich auch an, dass die Befragten eher einen nüchtern-rationalen Beurteilungsmaßstab anlegen. Begriffe, die eine stark gefühlsmäßige Konnotation haben, werden zwar ebenfalls genannt, sie rangieren jedoch in der Skala der häufigsten Assoziationen mit der EU deutlich abgeschlagen: Beispiele sind „Frieden“ (22%), „kulturelle Vielfalt“ (20%) als Begriffe, die allgemein positive Gefühle hervorrufen, oder „Verlust unserer kulturellen Identität“ (10%) als Negativassoziation.

Diese Daten zeigen, dass den ÖsterreicherInnen für die Einschätzung der EU rationale Begriffe zumindest näher liegen als emotionale Kriterien. Es dürfte eines der Hauptversäumnisse der bisherigen europäischen Integration gewesen sein, nicht ausreichend Möglichkeiten zur emotionalen Identifikation angeboten zu haben. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors stellte einmal fest: „Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben“. Tatsächlich dürfte sich die Realität in der EU noch nicht soweit davon entfernt haben: Die EU wird anscheinend eher als Wirtschaftsraum, als Ergebnis vernunftorientierten Handels und dementsprechend nüchtern betrachtet, denn als etwas, das es wert ist, geliebt oder gehasst zu werden. Unter diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, dass die Identifikation mit der EU nicht sehr stark ist.

These 2b versucht eine weitere Erklärung für die relative Stagnation der österreichischen Identifikation mit der EU zwischen 1995 und 2003 zu formulieren. Es wird unterstellt, dass da, wo emotionale Bewertungen zum Tragen kommen, diese überwiegend *negativ* sind. Es mag als Erklärung trivial erscheinen, dass jene, die die EU aus den verschiedensten Gründen „nicht gut leiden können“, auch kaum eine starke europäische Identität haben werden. Dahinter steckt ein leicht nachvollziehbarer und wichtiger sozialpsychologischer Mechanismus: Neben der kognitiven Komponente der sozialen Identität (soziale Kategorisierung) existiert eine motivationale

Komponente – die Bewertung der Eigengruppe soll zu einer möglichst positiven sozialen Identität verhelfen (Tajfel/ Turner 1986). Auf das konkrete Thema EU bezogen hieße dies: Wer schlecht über die EU denkt bzw. ihr gegenüber überwiegend negative Gefühle hegt, wird sich selbst kaum über die Mitgliedschaft in der EU definieren, weil damit eine negative soziale Identität geschaffen würde. Die sozialpsychologische Theorie der kognitiven Dissonanz lehrt uns, dass Menschen derartige negative Identitäten vermeiden wollen. Demnach würde eher *keine* europäische Identität ausgebildet, als eine, die nicht nur auf positive Beurteilungen und Emotionen zurückgeht.

Untersucht man die Daten dahingehend, wodurch negative Emotionen gegenüber der EU ausgelöst werden könnten, so gibt es in Österreich im Vergleich zum Durchschnittswert der EU-15 einen größeren Anteil von Personen, die die Zunahme der Arbeitslosigkeit (65%) und den Verlust sozialer Leistungen (61%) der EU zuschreiben (Eurobarometer Nr. 57, Frühjahr 2002¹¹). Dies sind beides Sorgen, die so ernst sind, dass sie das Gesamtbild der EU prägen und die Identifikationsbereitschaft mit der EU entscheidend negativ beeinflussen könnten.

These 2c behandelt die *Stärke* der rationalen Bewertungen und der Emotionen in Bezug auf die europäische Integration. Dieser Teil der These behauptet, dass die geringe Identifikation auch durch die Gleichgültigkeit gegenüber der EU und verwandten Themen bedingt ist. Die Daten der Eurobarometer-Befragungen weisen darauf hin, dass diese Gleichgültigkeit bei vielen ÖsterreicherInnen vorliegt. Das Image der EU ist Anfang 2003 für 44% der ÖsterreicherInnen neutral, für 27% sehr oder ziemlich positiv und für 25% sehr oder ziemlich negativ (Eurobarometer Nr. 59, Frühjahr 2003). 2002 ergab eine andere Frage, dass 17% der ÖsterreicherInnen nach eigenen Angaben gleichgültig gegenüber der EU waren, starke Gefühlsregungen ließen 7% im positiven Sinn („Begeisterung“) und 5% im negativen Sinn („Ablehnung“) erkennen (Eurobarometer Nr. 57, Frühjahr 2002).

Deutlicher wird die Gleichgültigkeit bei einer anderen Fragestellung: Befragt, was sie bei einem Scheitern des europäischen Integrationsprozesses und der EU empfinden würden, gaben in derselben Umfrage 46% an, es wäre ihnen gleichgültig. In Bezug auf diese Daten scheint sich also zu bewahrheiten, dass im so genannten Zwiebelmodell der Identitäten die europäische Identität eine sehr weit außen liegende Schale darstellt, was bedeutet, dass die Intensität der Bindung an Europa relativ schwach ausgeprägt ist.

Wichtige Erkenntnisse darüber, warum das Ausmaß an europäischer Identität in Österreich seit dem Beitritt nicht gestiegen ist, können möglicherweise erst aus einer Zusammenschau aller Teilthesen gewonnen werden. Es dürfte offenbar drei Arten der EU-Wahrnehmung geben, die eine wachsende positive Europaverbundenheit in Österreich erschweren:

1. das Wahrnehmen der EU als *rein rationales* Gebilde;
2. das Wahrnehmen der EU mit dem *Fokus auf den Negativa* und
3. das *Nicht-Wahrnehmen-Wollen* der EU.

¹¹ Für 2003 waren keine entsprechenden Angaben verfügbar.

Um das Niveau der Verbundenheit mit der EU anzuheben, müsste man also umgekehrt:

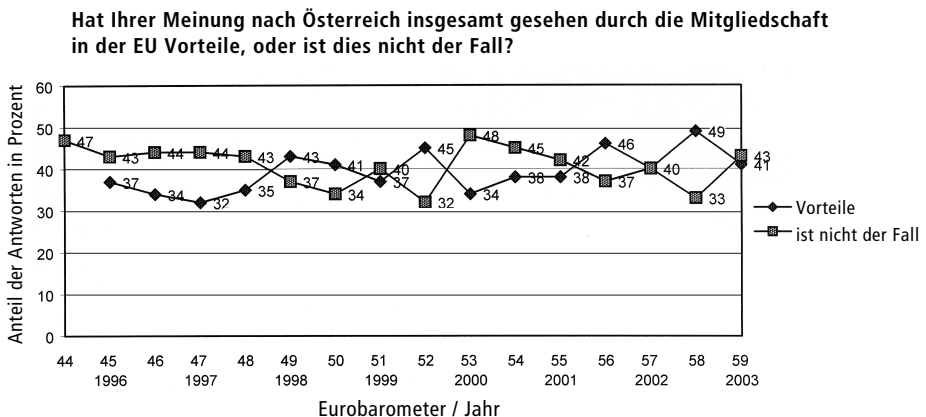
1. die *emotionale* Komponente der Verbundenheit stärker betonen;
2. mehr *positive* Verbundenheit herstellen bzw. negative Bewertungen und deren Ursachen verringern;
3. die *Stärke* der Verbundenheit mit und die *Stärke* des Interesses an der EU vergrößern.

These 3: *Die Bewertung der EU durch die BürgerInnen hängt stark von nationalen Erwägungen ab.*

Die Datenlage stützt auch diese These: Denn den größten Einfluss auf die Europa-Verbundenheit hat die Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union. Die meisten jener Befragten, welche die Mitgliedschaft für Österreich als eine gute Sache betrachten, sehen sich zu einem gewissen Grad als „europäisch“ (nach Daten des Eurobarometer Nr. 54 vom Herbst 2000). Das bedeutet also, dass die Befragten die EU v. a. dann als positiv bewerten, wenn sie als „gut“ für die jeweils eigene Nation empfunden wird. Eine derartige Bewertung ist also stark durch nationale wie auch pragmatische Motive geprägt. Stellt man sich wiederum das schon beschriebene *Zwiebelmodell* der Identitäten vor, so ist die nationale Identität dem Identitäts-Kern näher als die europäische Identität. Das kann als Begründung dafür angenommen werden, warum nationale Erwägungen die Einstellung zu Europa so stark beeinflussen.

Die folgende Abbildung veranschaulicht beispielhaft die von nationalen Motiven geprägte Bewertung der EU.

Abbildung 1: Zeitreihe: Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft Österreichs
(Anteile in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Standard-Eurobarometer Nr. 44–59

Nie waren Schwankungen in der Bewertung der Mitgliedschaft Österreichs so augenscheinlich wie zwischen der 52. und 53. Eurobarometer-Umfrage. Zwischen der Befragung im Herbst 1999 (Eurobarometer Nr. 52) und der darauf folgenden im Frühjahr 2000 (Eurobarometer Nr. 53) hat offensichtlich ein Stimmungswandel in der österreichischen Bevölkerung stattgefunden: Hatten zunächst noch 45% gemeint, die EU-Mitgliedschaft bringe Österreich mehr Vorteile, waren es ein halbes Jahr später nur mehr 34%; im Gegenzug stieg der Anteil jener, die meinten, die Mitgliedschaft bringe keinerlei Vorteile, von 32% (dem niedrigsten Wert seit dem Beitritt) auf 48%. Selbst wenn man die Güte der Daten kritisch bewertet, kann man bei Schwankungen von über 10% bereits einen anderen Einfluss als stichprobenbedingte Zufallsfehler annehmen. Was könnte also den Ausschlag für diese Entwicklung gegeben haben?

Eine plausible Erklärung, die der These einer Bewertung der EU nach nationalen Motiven gerecht wird, liefert die damalige politische Situation Österreichs. Anfang 2000 wurde die erste ÖVP/FPÖ-Regierung angelobt, was unmittelbar darauf zur Entscheidung der „EU-14“ für die so genannten „Sanktionen“ gegen Österreich führte. Die plötzlich gestiegene EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen könnte mit dieser Entscheidung und der damit verbundenen kurzfristigen Diskriminierung Österreichs gegenüber seinen EU-Partnern zusammenhängen. Zwar lässt sich diese Erklärung anhand der Eurobarometer-Daten nicht explizit überprüfen, sie ist jedoch meines Erachtens sehr plausibel. Diese Interpretation würde darauf hindeuten, dass die nationale Identität auf Kosten der europäischen Identität geschützt werden sollte. Dies kann wiederum als Hinweis für die Dominanz der nationalen Identität über die europäische gedeutet werden. Und man erkennt an diesem Beispiel den stark prozesshaften Charakter von sozialen Identitäten.

Auch im Vergleich der EU-15 kann die These einer national eingefärbten Beurteilung der EU überprüft werden. Demnach sollten die Staaten, die am meisten von der EU profitieren, auch positiver gegenüber der EU eingestellt sein als im EU-Schnitt. Ein Indikator dafür ist der direkte finanzielle Nutzen, den ein Land aus der EU-Mitgliedschaft zieht. So verwundert folgendes Ergebnis nicht: Die BürgerInnen der vier „Kohäsionsländer“ Griechenland, Spanien, Portugal und Irland, die gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt gemäß den Umverteilungszielen der EU am meisten Mittel aus EU-Förderungen erhalten, bewerten die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU jeweils überdurchschnittlich positiv (siehe Tabelle 2).

Die Niederlande und Luxemburg – in beiden Ländern gibt es sehr hohe Zustimmungswerte zur EU-Mitgliedschaft – passen jedoch nicht in dieses Erklärungsschema: Diese Staaten sind die beiden größten „Nettozahler“ in der EU. Aufgrund ihrer besonderen Rolle in der EU als Gründungsmitglieder der ersten EU-Vorgängerorganisation EGKS¹² muss das aber nicht unbedingt als Widerlegung der These gewertet werden. Wahrscheinlich spielt die lange Mitwirkung an der europäischen Integration bei der Bewertung der Mitgliedschaft eine größere Rolle als die Belastung des nationalen Budgets durch die Zahlungen an die EU.

12 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft ab 1952).

Tabelle 2: Bewertung der EU-Mitgliedschaft 2003 (Anteile in Prozent) *

Ist die Zugehörigkeit Ihres Landes zur EU eine gute Sache	... eine schlechte Sache
L	Luxemburg	85	4
NL	Niederlande	73	5
IRL	Irland	67	5
B	Belgien	67	7
I	Italien	64	6
DK	Dänemark	63	16
E	Spanien	62	6
GR	Griechenland	61	8
P	Portugal	61	9
D	Deutschland	59	8
EU-15		54	11
F	Frankreich	50	12
FIN	Finnland	42	17
S	Schweden	41	27
A	Österreich	34	19
UK	Vereinigtes Königreich	30	25

Quelle: Standard-Eurobarometer Nr. 59 (Frühjahr 2003)

* Geordnet nach höchster Zustimmung: Anteile der „weiß nicht“- und „weder gut noch schlecht“-Antworten werden nicht ausgewiesen.

Soweit einige empirische Befunde zum Themenkreis europäische Identität: Es wurde gezeigt, dass Identitäten prinzipiell um neue Schichten erweiterbar sind und dass ein guter Teil der ÖsterreicherInnen neben der Verbundenheit mit dem eigenen Land auch eine gewisse Bindung an Europa spürt. Es trat aber auch deutlich zu Tage, dass das Ende des Nationalen (wie etwa von Castles 1998 postuliert) noch lange nicht gekommen ist. Denn noch immer sehen sich die Menschen in diesem Land *vorwiegend* als ÖsterreicherInnen und, wenn überhaupt, dann nur *auch* als EuropäerInnen. Alle Erklärungen dafür, warum die europäische Identität gegenüber der nationalen Identität schwächer ausgeprägt ist, laufen darauf hinaus, dass die ÖsterreicherInnen erstere als unwichtiger für die eigene Selbstdefinition empfinden. Wie weiters gezeigt wurde, verbindet sich damit eine bisher eher schwache Bindung an Europa, positive Emotionen der EU gegenüber sind selten – vielmehr existiert in der österreichischen Gesellschaft ein ökonomisch-rationales Bild von der EU. Wer sogar negativ über die EU denkt, kann keine positive europäische Identität ausbilden. Schließlich wurde noch erläutert, dass ein wichtiges Bewertungskriterium der EU der wahrgenommene Nutzen einer EU-Mitgliedschaft für die eigene Nation ist. Wie am Beispiel „Sanktionen gegen

Österreich“ demonstriert, kann die Zustimmung zur EU ganz rapide absinken, wenn mehrheitlich eine Schädigung der nationalen Identität durch die EU befürchtet wird. Dann tritt plötzlich das „österreichische Wir“ in den Vordergrund und das „europäische Wir“ wird (vorübergehend) unbedeutend. Das zeigt sehr gut auf, dass Identitäten stark den eben aktuellen Abgrenzungsbedürfnissen entsprechen und somit wandelbar sind. In diesem Sinne wird es interessant sein, auch in Zukunft die weiteren Eurobarometer-Daten zu den hier präsentierten Themen zu analysieren.

4. Ein Ausblick: Die Problematik europäischer Identität

Die Auseinandersetzung mit dem Thema europäische Identität erfolgte in diesem Artikel bisher großteils aus einer Perspektive, die versuchte, das Phänomen zu erklären anstatt es zu bewerten oder Handlungsanweisungen zu liefern. Abschließend möchte ich die Möglichkeiten und auch die Schwierigkeiten zusammenfassen, die sich meiner Ansicht nach für eine sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit europäischer Identität ergeben. Ich möchte aber auch die zweite Ebene der Betrachtung, nämlich die politische, kurz ins Spiel bringen, und formuliere daher einige einfache Empfehlungen, wie die Europäische Union eine europäische Identität fördern könnte. Dabei dienen mir die empirischen Ergebnisse und die dargestellten Theorien als Anhaltspunkte, so dass auch dieser Teil der Betrachtung wieder an die hier präsentierte soziologische Deutung europäischer Identität rückgebunden ist.

... aus Sicht der Sozialwissenschaften

Aspekte der Identitätsbildung und Identifikation auf europäischer respektive auf EU-Ebene sind weit weniger gut empirisch erforscht als auf nationaler Ebene.¹³ Das liegt einerseits daran, dass die politische Diskussion erst seit relativ kurzer Zeit Identität thematisiert, und andererseits auch daran, dass europäische Identitätsfragen weniger gut dokumentiert sind als nationale. Ein Beleg für die quantitative „Unterlegenheit“ der europäischen Identität: Im österreichischen Bibliotheks-Verbundkatalog gab es im August 2003 zum Schlagwort „nationale Identität“ 1.371 Treffer, zu „europäische Identität“ nur 279¹⁴; bei einer Recherche mit der Internet-Suchmaschine Google fand man zu „nationale Identität“ 11.700 und zu „europäische Identität“ 5.670 Dokumente.¹⁵ Dies sagt zwar noch nichts über die Dichte oder gar Qualität der sozialwissenschaftlichen Theorien zu diesen Themen aus, zeigt aber sehr wohl, dass der nationalen Identität in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion (also nicht nur in der Forschung) eine größere Bedeutung beigemessen wird.

13 Vgl. zusammenfassend für die österreichische Identität etwa Haller (1996): Teile dieser Publikation beziehen sich auf die Erhebung des International Social Survey Programme (ISSP) aus dem Jahr 1995 zu nationaler Identität, die eine gute Datenquelle für an dieser Thematik interessierte LeserInnen darstellt. 2003 gab es wieder ein ISSP zum Thema nationale Identität.

14 Österreichischer Bibliothekenverbund Gesamtkatalog, verfügbar unter <http://magnum.bibvb.ac.at/ALEPH> (6.8.2003).

15 www.google.at (6.8.2003).

Aus diesem Grund halte ich es für angemessen, europäische Identität analog zu nationaler Identität zu erklären (etwa anhand der in Kap. 2 erwähnten *Social Identity*-Theorie), wenngleich man dabei rasch an Grenzen der Vergleichbarkeit stößt (die wichtigsten Probleme für die Entwicklung einer europäischen Identität wurden in Kap. 2.2 anhand der Systematik Walkenhorsts 1999 zusammengefasst). Im Folgenden möchte ich eine derartige Analogie wagen, um aufzuzeigen, welches Potenzial einer starken europäischen Identität innewohnt, und wo die Gefahren einer nachträglichen Identitätskonstruktion mit dem Vorbild von nationalen Identitäten lauern. Gleichzeitig wird zur Frage übergeleitet, wie die Politik (damit sind alle politischen Akteure und Institutionen gemeint, die Wert darauf legen, die europäische Integration voranzutreiben) an das Thema europäische Identität herantreten sollte.

Die Leistungen der nationalen Identität für die Konstruktion einer Nation können nach Estel (1994, 53-70) in folgende drei Grundfunktionen untergliedert werden:

1. die Bildung der Nation durch die Erzeugung grenzziehender „Wir-Sie“-Differenzen;
2. die Nationalisierung der Gesellschaft;
3. die Definition des nationalen Allgemeininteresses.

Der erste Punkt meint die ideelle (gedankliche und gefühlsmäßige) und die faktische (durch „Grenzen“ im eigentlichen Sinn) Abgrenzung nach außen. In gewissem Maße ist eine Abgrenzung auch nötig – sei es für den Nationalstaat, sei es für die EU –, denn nur mittels einer Differenz kann ein Wir-Gefühl letztlich zustande kommen (siehe Kap. 1.3). Im Unterschied zu den relativ stabilen und großteils historisch gewachsenen europäischen Nationen darf das gerade bei einem sich ständig neu definierenden Gebilde wie der EU aber kein Hindernisgrund für ein laufendes Überdenken der „Wir“ (EU)-„Sie“ (Nicht-EU)-Beziehungen und für eine sich ständig erneuernde Selbstdefinition sein. Also: Abgrenzung ja, aber Abgrenzung mit flexiblen anstatt starrer Grenzen.

Der zweite und der dritte Punkt beziehen sich auf die Innensicht. Nationalisierung heißt, einen Zustand herzustellen, in dem alle gesellschaftlichen Bereiche durch eine „nationale Brille“ wahrgenommen werden. Eine derartige Nationalisierung erfolgt dabei in sämtlichen Lebens- und Daseinsbereichen, wie etwa in der Politik, in der Wirtschaft, im Recht, aber auch in Fragen der Erziehung oder des Geschmacks (Estel 1994, 58). Auch dieser Punkt klingt im Hinblick auf die europäische Identität eher bedenklich als erstrebenswert. Da nun die Chance besteht, Nationalismen durch europäische Gemeinsamkeit wirkungsvoll zu begegnen, wäre es grundfalsch, einen Eurozentrismus zu forcieren – das wäre nichts anderes als die Verlagerung von Nationalismen auf eine höhere, europäische Ebene. Will man daher unter „Europäisierung“ der Gesellschaft das Aufsetzen einer „europäischen Brille“ verstanden wissen, dann, um den Blick für das Europäische zu schärfen und nicht, um gegenüber allem anderen blind zu werden!

... aus *Sicht der Politik*

Besonders hier kommt die Verantwortung der Politik zum Tragen, die zweifellos eine Gratwanderung absolvieren muss: Eine starke europäische Identität ist meines

Erachtens der einzige Weg, um das europäische Integrationsprojekt langfristig zu legitimieren (sprich die Zustimmung der BürgerInnen dafür zu sichern); gleichzeitig sollen potenzielle negative Aspekte einer einseitig-eindimensionalen Europagesinnung (eine Art „europäischer Fundamentalismus“) ausgeschlossen werden, um das gesamtgesellschaftliche System (also auch über die Grenzen Europas hinweg) stabil zu halten.

Ich plädiere daher für eine *politische europäische Identität*, also – wie bereits in Kap. 2.3 ausgeführt – für eine Identität, die auf der politischen Beteiligung beruht, und nicht auf essentialistischen Konzepten wie Abstammung. Im Folgenden präsentierte ich dazu einige Überlegungen in Schlagwortform:

Die politische europäische Identität kann meiner Ansicht nach gestärkt werden mit der Förderung...

- ... der politischen Bildung und der Erziehung zur Kritikfähigkeit, um politisch mündige BürgerInnen Europas hervorzubringen, die ihre Interessen artikulieren können und bereit sind, sich an politischen Prozessen aktiv zu beteiligen;
- ... des faktischen Wissens über die EU, ihre Ziele, ihre Geschichte und ihre Funktionsweise (Institutionen, Entscheidungsprozesse, Rechtsakte);
- ... des Verständnisses für die Zusammenhänge zwischen regionaler, nationaler und EU-Politik, damit etwaige Interessenkonflikte zwischen den Ebenen zielgerichtet gelöst werden können;
- ... von Solidarität über nationale Grenzen hinweg, etwa über die Identifikation von grundsätzlichen Zielen, die besser gemeinsam als in nationalen Einzelkämpfen erreichbar sind;
- ... der Sprachenvielfalt in Europa: alle BürgerInnen sollten mehrere europäische Sprachen (und wenn möglich natürlich auch außereuropäische) beherrschen – Verständnis ist nicht allein eine Sache der (sprachlichen) Verständigung, das Sprechen einer gemeinsamen Sprache ist aber in jedem Fall dafür förderlich;
- ... des Interesses an und Wissens über außereuropäische sowie mittel- und osteuropäische Kulturen, um in regen Austausch mit der „Nicht-EU“ zu treten und so ständig neue Inputs für die eigene Identität zu bekommen.

Die Umsetzung dieser Punkte ist beispielsweise Aufgabe einer verbesserten und auf europäische Erfordernisse abgestimmten Bildungspolitik (Ausbau von politischer Bildung, Fremdsprachenunterricht und schulischen bzw. universitären Austauschprogrammen) und Sozialpolitik, die einen Gegenpol zur neoliberalen Wirtschaftspolitik schaffen und Solidarität ermöglichen soll. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften sehe ich in diesem Prozess aber nicht in der unmittelbaren Beratungstätigkeit, sondern vielmehr in der Bereitstellung von Grundlagenwissen über europäische Identität. Europäische Integration und europäische Identität sind zwar kein neues Forschungsgebiet, aber sicher ein Thema, bei dem die Soziologie eine Kernzuständigkeit zu behaupten hat. Die europäische Integration gibt uns die Chance, unsere Kompetenz für die Erklärung der Integration von Gesellschaften anzuwenden und nach neuen Erklärungen (auf Basis theoretischer wie empirischer Forschung) zu suchen. Die baldigen Beitritte neuer Staaten zur EU bieten eine einzigartige Gelegenheit, die Entstehung neuer

Identitäten empirisch zu erforschen. Vielleicht kann dieser Artikel mit dem hier auf einfache Weise zusammengefassten Forschungsstand über europäische Identität einige Anregungen für neue und elaboriertere Forschungsarbeiten geben.

Literatur

- Bauböck, Rainer (2000) *European Integration and the Politics of Identity*. Wien (ICE Working Paper Series, Nr. 8).
- Benhabib, Seyla (1997) *Wer sind wir? Probleme politischer Identitäten im ausgehenden 20. Jahrhundert*. Wien (IHS-Reihe Politikwissenschaft, Nr. 42).
- Busek, Erhard (2000) *Welches Europa? – Die Erweiterung der EU*. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.) Österreich und Europa: Beiträge zur Geschichte und Problematik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 223–235.
- Carey, Sean/ Lebo, Matthew (2001) *In Europe but not Europeans: The Impact of National Identity on Public Support for the European Union*. Paper Presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops 2001– National Identity in Europe. Grenoble.
- Castles, Steve (1998) *Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats*. In: Bielefeld, Uli (Hg.) Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg, 129–156.
- Cinnirella, Marco (1996) *Social Identity Perspectives on European Integration*. In: Breakwell, Glynis/ Lyons, Evanthia (eds.) Changing European Identities. Oxford, 253–274.
- Cinnirella, Marco (1997) *Towards a European Identity? Interactions between the National and European Social Identities Manifested by University Students in Britain and Italy*. In: British Journal of Social Psychology, Nr. 36, 19–31.
- Estel, Bernd (1994) *Grundaspekte der Nation*. In: Estel, Bernd/ Mayer, Tilman (Hg.) Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven. Opladen, 13–81.
- Etzioni, Amitai (1968) *The Active Society*. New York.
- Europäische Kommission (Hgin) (1995–2003) *Eurobarometer Nr. 44 – Nr. 59*, verfügbar unter: http://europa.eu.int/comm/public_opinion_30_7_2003.
- Festinger, Leon (1954) *A Theory of Social Comparison Processes*. In: Human Relations, Vol. 7, 117–140.
- Gellner, Ernest (1991) *Nationalismus und Moderne*. Berlin.
- Habermas, Jürgen (1990) *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*. In: Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt, 632–660.
- Haller, Max (1996) (Hg.) *Identität und Nationalstolz der Österreicher*. Wien.
- Havel, Vaclav (1994) *Auszug aus der Rede des tschechischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 8. März 1994*. In: Walkenhorst, Heiko (1999) Europäische Integrationsprozess und europäische Identität: Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts. Baden-Baden, 297.
- Immerfall, Stefan (2000) *Fragestellungen einer Soziologie der europäischen Integration*. In: Bach, Maurizio (Hg.) Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 40. Wiesbaden, 481–503.
- Kallscheuer, Otto/ Leggewie, Claus (1996) *Deutsche Kulturnation versus französische Staatsnation? Eine ideengeschichtliche Stichprobe*. In: Berding, Helmut (Hg.) Nationales Bewusstsein und kollektive Identität. Frankfurt, 112–162.
- Koslowski, Peter (1997) *Über europäische und nationale Identität*. In: Koslowski, Peter/ Brague, Rémi (Hg.) Vaterland Europa: europäische und nationale Identität im Konflikt. Wien, 41–71.
- Lilli, Waldemar (1998) *Europäische Identität: Chancen und Risiken ihrer Verwirklichung aus einer sozialpsychologischen Grundlagensperspektive*. In: König, Thomas/ Rieger, Elmar/ Schmitt, Hermann (Hg.) Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen. Frankfurt u.a., 139–158.
- Mokre, Monika (2002) *Collective Identities in the Enlarged European Union*. Wien (ICE Working Paper Series, Nr. 32).
- Münch, Richard (2000) *Strukturwandel der Sozialintegration durch Europäisierung*. In: Bach, Maurizio (Hg.) Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie

- und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 40. Wiesbaden, 205-225.
- Parsons, Talcott (1967/ Orig. 1937) *The Structure of Social Action*. New York.
- Puntscher-Riekmann, Sonja (1998) *Die kommissarische Neuordnung Europas: das Dispositiv der Integration*. Wien/ New York.
- Salazar, José Miguel (1998) *Social Identity and National Identity*. In: Worchel, Steve et al. (eds.) *Social Identity*. International Perspectives. London, 114-123.
- Salewski, Michael (1991) *Nationale Identität und europäische Einigung. 15 Vorträge*. Göttingen/ Zürich, VII-XXIII.
- Schaller, Christian (1994) *Die innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er-Jahren*. In: Pelinka, Anton/ Schaller, Christian/ Luif, Paul: *Ausweg EG? – Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung*. Wien/ Graz/ Köln, 27-269.
- Scholz, Dieter (1996) *Europa – Vom Mythos zur Union: Gedanken über die europäische Identität und über die Aufgaben Europas nach „Maastricht II“*. Berlin.
- Simmel, Georg (1992/ Orig. 1908) *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt.
- Smith, Anthony D. (1997) *National Identity and the Idea of European Unity*. In: Gowan, Peter/ Andersson, Perry (eds.) *The Question of Europe*. London, 318-342.
- Stichweh, Rudolf (1994) *Nation und Weltgesellschaft*. In: Estel, Bernd/ Mayer, Tilman (Hg.) *Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven*. Opladen, 83-96.
- Tajfel, Henri/ Turner, John C. (1986) *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*. In: Worchel, Stephen/ Austin, William G. (eds.) *Psychology of Intergroup Relations*. Chicago, 7-24.
- Vertrag von Amsterdam (1997) *Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft*, verfügbar unter: http://europa.eu.int/eur-lex/de/treaties/dat/ec_cons_treaty_de.pdf, 8.8.2003.
- Vertrag von Maastricht (1992) *Treaty on the European Union*, verfügbar unter: <http://europa.eu.int/en/record/mt/top.html>, 8.8.2003.
- Vester, Heinz-Günter (1996) *Kollektive Identitäten und Mentalitäten: Von der Völkerpsychologie zur kulturvergleichenden Soziologie und interkulturellen Kommunikation*. Frankfurt.
- Walkenhorst, Heiko (1999) *Europäischer Integrationsprozess und europäische Identität: Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts*. Baden-Baden.
- Weiler, Joseph H. H. (1999) *The Constitution of Europe*. Cambridge.

Kontakt: nadja.lamei@aon.at